

12.

Strafprozeß.

Berichterstatter: Prof. Dr. Ernst Beling.*)

I. Allgemeines.

1. Der Abriß des Strafprozeßrechts von v. Lilienthal in Birkmeyers Encyclopädie¹⁾ ist mit dieser Encyclopädie in 2. Auflage erschienen²⁾. Die neue Auflage ist ein im wesentlichen unveränderter Abdruck der ersten.

2. Zur 5. Auflage ist Bindings Grundriß des Strafprozesses gebiechen³⁾. Die bisherige Paragraphenfolge hat nur durch Einschlebung eines Paragraphen über den Begriff der Parteien im Strafprozeß (leider ohne Text) Veränderung erfahren; auch sonst sind einschneidende Änderungen nicht vorgenommen worden, immerhin ist der Umfang auf 301 Seiten gewachsen. Das Gesetz über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist noch rechtzeitig erschienen, um mit berücksichtigt werden zu können (§. 128—129). Die Wertschätzung der Sachgenossen wird dem Buch auch in der neuen Auflage treu bleiben.

3. Eine neue Auflage von Löwe-Hellwegs Kommentar zur Strafprozeßordnung wird immer allseitig willkommen geheißen werden. So auch die jetzt vorliegende 11. Auflage⁴⁾, die nach denselben Grundsätzen, wie die bisherigen, bearbeitet ist.

4. Eine Sammlung von Rechtsfällen zum Strafprozeß liegt vor von v. Rohland⁵⁾. Die Fälle sind teils lediglich in Frageform, teils mit zugehöriger Entscheidung aufgenommen und gut ausgewählt; ein reiches Material ist in dem Buch verarbeitet. Unzweifelhaft eignet sich das Werk nicht bloß zum akademischen Unterricht, sondern auch zum Gebrauch älterer Juristen, namentlich der im Vorbereitungsdienste stehenden.

5. Die Aktenstücke zum Strafprozeß von Richard Schmidt liegen in 3. Auflage vor⁶⁾. Die neue Auflage paßt sich den neu erschienenen amtlichen Formularen an. Die in Aussicht stehende Reform des Strafprozeßrechts hat außerdem Veranlassung dazu gegeben, in den Fußnoten auf solche Punkte der Gerichtsverfassung und des Verfahrens hinzuweisen, die in Zukunft hauptsächlich für Änderung des bestehenden Rechts in Betracht kommen.

*) Der Bericht unter Nr. 30a ist von Professor Dr. Freudenthal, die Berichte unter Nr. 34—35 sind von Kriegsgerichtsrat Dr. Steidle verfaßt.

¹⁾ Bgl. Z XXII 392.

²⁾ Berlin, Hering, 1904.

³⁾ Leipzig, Dunder & Humblot, 1904.

⁴⁾ Berlin, Guttentag, 1904.

⁵⁾ Strafprozeßfälle und Entscheidungen zum akademischen Gebrauch. Leipzig, Dunder & Humblot, 1904.

⁶⁾ Leipzig, Hirschfeld, 1904.

Die wiederholten Auflagen sind der beste Beweis dafür, daß sich das Werk gut eingebürgert hat; es ist ein wertvolles Hilfsmittel für das Studium des Strafprozesses.

6. Einem Teil der kriminalistischen Technik, nämlich der Daktyloskopie, ist gewidmet das Lehrbuch von Windt und Kodicek⁷⁾. Das praktische Buch führt in klarer Darstellung die Registrierung und Benutzung der Fingerabdrücke vor Augen, wie sie bei Behörden in Österreich und Deutschland derzeit geübt wird. Es lehrt insbesondere die verschiedenen Papillarlinienmuster kennen: Die L-Muster (Lassenmuster) mit ihren Untergruppen: Schlingennustern (Ulnarschlingen- und Radialschlingennustern) und Bogenmustern (Arkus und tannenartigen Bogen); und die W-Muster (wirbelähnliche Muster) mit ihren Untergruppen: Schneckenmustern, zusammengesetzten Mustern (Zentraltaschenschlingen, Doppelschlingen, Zwillingschlingen) und zufälligen Mustern. Die zahlreichen beigegebenen Illustrationen veranschaulichen den Lehrstoff aufs Beste. Zwei am Schlusse des Buches befindliche Fingerabdruckarten zeigen, in welcher Weise die daktyloskopisch gewonnenen Resultate übersichtlich registriert werden.

II. Gerichtsverfassung.

7. Das 2./3. Heft der von Finger, Hoche und Bresler herausgegebenen Abhandlungen über juristisch-psychiatrische Grenzfragen wird durch eine Abhandlung von Görres über den Wahrspruch der Geschworenen und seine psychologischen Grundlagen⁸⁾ gebildet, eine psychologisch-kritische Untersuchung über den Wert der Schwurgerichtsjustiz. Läßt sich auch bezweifeln, ob das behandelte Problem wirklich eine juristisch-psychiatrische Grenzfrage betrifft, so ist doch die feinsinnige und kenntnisreiche Schrift überaus dankenswert. Sie bringt auf solider instruktiv-empirischer Grundlage einen wertvollen Beitrag zur strafprozessualen Psychologie. Der Verf. verfolgt die Schwurgerichtsverfassungsrechtlichen Vorgänge und die Einzelheiten des Schwurgerichtsverfahrens an der Hand der Ergebnisse der modernen psychologischen Forschung und gelangt so zu einer — in allen Punkten berechtigten — geradezu vernichtenden Kritik des Geschworeneninstituts. Aus der reichen Fülle seiner Feststellungen seien nur die herausgehoben, daß der Laienrichter, zumal der Durchschnittsgeschworene, auf Schritt und Tritt ein leichter Raub der Wissenschaft und der Willensuggestion wird, daß er infolge seiner Gesezesunkenntnis und Unerfahrenheit, aber auch infolge der Prozeßgestaltung den springenden Punkt nur schwer zu erkennen vermag, daß er sich dabei gar nicht einmal — infolge seiner sogenannten Unbefangenheit, in Wahrheit seiner Bewußtseinsenge — all der möglichen Fehler-

⁷⁾ Daktyloskopie, Verwertung von Fingerabdrücken zu Identifizierungszwecken. Mit 79 Textillustrationen, 15 Tafeln und 2 Beilagen. Wien und Leipzig, Braumüller, 1904.

⁸⁾ Halle a. S., Marhold, 1903.

quellen seines Denkens bewußt ist; daß dann das Wegfallen der Notwendigkeit, Gründe anzugeben, die psychologische Selbstkontrolle ausschließt, und daß diese Mängel im Rahmen der Schwurgerichtsverfassung niemals zu heben sind, weil der Dualismus zwischen Gerichtshof und Geschworenenbank jede geistige Relation zwischen Berufs- und Laienrichtern verhindert. Alles das wird durch treffende Beispiele belegt. Das Ergebnis ist, daß die Schwurgerichtsjustiz in weitestem Umfange Zufallsjustiz ist, daß die Spruchpraxis der Geschworenenbank in unserem kritischen Zeitalter, das alles auf Induktion und auf Gründe und Beweise abstellt, wie ein erraticus Block dasteht.

Zum Schluß tritt der Verf. für Schöffengerichte ein, weil einmal die Beteiligung des Laienelements eine Forderung des Volks sei, und sodann auch der belehrende Einfluß der Laienteilnahme von Wert sei. Uns scheint freilich, daß gerade die Ausführungen des Verf. die psychologische Unzulänglichkeit der Laienjustiz überhaupt schlagend beweisen; denn mag auch der Dualismus der Hauptmangel des Schwurgerichtsinstituts sein — eine große Zahl der psychologischen Mängel, die der Verf. aufdeckt, bleibt eben auch bei schöffengerichtlicher Verfassung bestehen. Vom psychologischen Standpunkt, d. i. eben von dem Standpunkt aus, der möglichst richtige Urteile verlangt, bleibt das reine Berufsjuristengericht das allein berechtigte. Und demgegenüber können weder Konnivenz gegen Volkswünsche, noch volkserziehliche Rücksichten (die ohnehin problematisch sind!) aufkommen.

8. Den detachierten Strafgerichtsabteilungen des deutschen Rechts widmet A. Friedländer im Gerichtssaal eine Studie⁹⁾. Es handle sich, so führt er aus, bei ihnen nicht um selbständige Gerichte, sondern um Gerichtsabteilungen, dennoch aber nicht bloß um Geschäftsverteilungsnormen, sondern um eine partielle Durchbrechung des Grundsatzes, daß der Sitz eines Gerichts einheitlich sein müsse, mit der Folge, daß die Abteilungen wegen ihres Sonderstatus in Bezug auf die ihnen zugewiesenen Geschäfte die gleiche Stellung wie vollausgebaute Gerichte einnehmen. Als detachierte Gerichtsabteilungen werden angeführt: 1. das Schöffengericht Helgoland; dieses bedürfe zum Handeln außerhalb Helgolands im übrigen Bezirk des Amtsgerichts Altona der Zustimmung des letzteren gem. G.B.G. § 167; Rechtsmittel gegen helgoländische Entscheidungen müßten bei der Gerichtsschreiberei in Helgoland angebracht werden; im Verhältnis des Schöffengerichts Helgoland zum Schöffengericht Altona seien Unzuständigkeitsklärungen möglich. 2. Die detachierten Strafkammern. Auf sie seien — entgegen der herrschenden Meinung — die §§ 62 ff. G.B.G., insoweit nicht § 78 Abweichendes bestimme, zur Anwendung zu bringen; Rechtsmittel seien bei der detachierten Strafkammer, nicht am Landgerichtssitz anzubringen; zwischen der detachierten Strafkammer und den Strafkammern der Zentrale seien Unzuständigkeits-

⁹⁾ Bd. LXIV S. 384.

erklärungen möglich. 3. Die gem. § 72 M.St.G.D. für den Kriegsfall verlegten Senate des Reichsmilitärgerichts. Solche Verlegung könne für sämtliche Senate, auch den bayerischen, platzgreifen, und zwar auch für alle zusammen, sei es mit demselben Sitz, sei es mit verschiedenen Sätzen; unberührt bleibe von einer Verlegung der § 85 M.St.G.D., d. h. die Notwendigkeit von Plenarentscheidungen des Reichsmilitärgerichts.

III. Prozeßvoraussetzungen.

9. Rheinstein unternimmt es in der Juristischen Wochenschrift¹⁰⁾, darzulegen, daß seit dem E.G. z. B.G.B. der Vater zur Stellung des Strafantrages und zur Erhebung der Privatklage im eignen Namen nicht mehr befugt sei.

IV. Beweisrecht.

10. Hans Groß Handbuch für Untersuchungsrichter ist in 4. Auflage erschienen¹¹⁾. Das Buch, ein Lehrbuch sozusagen der Erfahrungssätze, die für die Strafpraxis in Betracht kommen, bedarf längst keiner Empfehlung mehr (vgl. Z XV 899, XXII 453). Hervorhebung verdient aber, daß es im einzelnen durchweg durchgearbeitet und insbesondere stoffreicher geworden ist, so daß eine Verlegung in 2 Bände notwendig wurde. Für künftige Auflagen hat der Verf. eine neue Systematisierung in Aussicht genommen: Teil I Theoretische Erscheinungslehre des Verbrechens; Teil II Praktische Untersuchungskunde.

Daß der Verf. im Vorwort auf Grund seiner praktischen Erfahrungen das Laienelement in der Rechtsprechung als ein Unheil bezeichnet, das man sich Mühe geben müsse wieder los zu werden, konstatiert Ref. noch mit besonderer Genugtuung.

11. Auf den Wert von Augenscheinseinnahme an Ort und Stelle weist Haußner im Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik¹²⁾ hin unter Anführung verschiedener instruktiver Beispiele aus der Praxis.

12. Als willkommene Helferin der strafprozessualen Wahrheitsforschung hat sich in jüngster Zeit die „Angewandte Psychologie“ eingestellt. Ein Aufsatz von William Stern in seinen „Beiträgen zur Psychologie der Aussage“¹³⁾ umgirt das Arbeitsgebiet dieser neuen Wissenschaft wie folgt. Die angewandte Psychologie habe einen Kampf mit zwei Fronten zu führen. Einmal sei der Intuitionismus zu bekämpfen, der für die Beurteilung von Zeugnisaussagen usw. die Hilfe der Wissenschaft verschmähe und alles auf den naiven gesunden Menschenverstand und Routine abstelle. Sodann

¹⁰⁾ Bd. XXXIII S. 136.

¹¹⁾ München, Schweiger, 1904.

¹²⁾ Bd. XIV S. 149.

¹³⁾ Heft 1. Leipzig, Barth, 1903, S. 4.

aber sei dem Psychologismus (einer Erscheinungsform des Intellektualismus) entgegenzutreten, das sei der — insbesondere von Meinong und Lipps gepflegten — Anschauung, die die Psychologie zur Grundlage aller Geisteswissenschaften und zum bestimmenden Faktor der gesamten praktischen Kultur, soweit sie sich mit dem Seelenleben befaßt, machen wolle. Diese Anschauung verkenne, daß die Psychologie nicht imstande sei, Normen des Handelns zu bestimmen und Wertmaßstäbe zu geben. Sie werde dem Individuellen, dem Leben nicht gerecht und ver falle der Schablone, indem sie den einzelnen nur als Exemplar, nicht als Individualität behandle. Dieser Auffassung gegenüber müsse die angewandte Psychologie als Hilfswissenschaft, nicht als Grundwissenschaft, gekennzeichnet werden. Aber als solche habe sie den höchsten Wert einmal als Psychognostik = Lehre von der Beschaffung des Materials für die psychologische Beurteilung; sodann als Psychotechnik = Lehre von der Erkenntnis der Wahrheit in Aussagen u. dergl., Gewährung der richtigen Methoden. Sie lehre einmal die ungeheure Komplikation des geistigen Lebens, und sodann die Differenzierung der geistigen Daseinsform berücksichtigen und so namentlich den Fehler vermeiden, daß der Beurteiler sich selbst als den Normalmaßstab für die psychologischen Vorgänge bei andern ansehe. Für das Verfahren der angewandten Psychologie sei das Experiment von größter Bedeutung; als Forderungen für dieses Verfahren seien Lebensnähe, Differenzierung und Massenmaterial aufzustellen. Als Rückgrat für alle einschlägigen Forschungen seien Institute für angewandte Psychologie vonnöten.

Den „neuen Horizonten“ wird die Strafrechtswissenschaft selbstverständlich Beachtung zu schenken haben und hat sie schon Beachtung geschenkt. Der persönlichen Auffassung des Verf. vom Wesen der Strafjustiz kann freilich nicht beige pflichtet werden. Ihm ist das Verbrechen Unfittlichkeit, das Richter eine moralische Beurteilung, die Strafe moralisches Verbesserungsmittel; deshalb gebe dem Richter nur „der heilige Zorn die sittliche Berechtigung, zu strafen“. Es wäre schlimm, wenn Urteilsprüche aus der Blutwallung heraus geboren würden! Es wäre schlimm, wenn der Beschuldigte der subjektiven Moralauffassung des Richters auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. Jurisprudenz ist nicht Ethik. Indessen hängt der Wert der „angewandten Psychologie“ zum Glück von alledem nicht ab.

13. Über Aussagestudium verbreitet sich William Stern in seinen Beiträgen¹⁴⁾. Das Ziel der Ausagesforschung sei die Feststellung des Werts der Aussagen. Diese Wertung habe die Erkenntnis zur Voraussetzung, inwieweit die Menschen fähig und willens seien, richtig auszusagen; es sei auf logischem Wege die objektive Wahrheit, auf moralischem Wege die subjektive Wahrhaftigkeit zu ermitteln. Es gelte hier, gewisse einfache Formeln zu erschüttern, nach denen der gesunde Menschenverstand die Aussagen zu bewerten geneigt

¹⁴⁾ Beiträge zur Psychologie der Aussage, Heft 1 S. 46. (Leipzig 1903).

sei, nämlich die zu vertrauensselige Formel: Eine nach bestem Wissen und Gewissen gemachte Aussage ist im allgemeinen eine korrekte Wiedergabe der Wirklichkeit; — und die zu rigorose Formel: Eine mit Überlegung abgegebene Aussage, die sich als falsch erweist, ist als beabsichtigte oder mindestens als fahrlässige Fälschung anzusehen. Demgegenüber sei zu betonen, daß es eine natürliche normale Aussagefälschung ohne Wissen und Willen gebe, man also einerseits auch bei ethisch durchaus einwandsfreien Aussagen mit einem Fehlerprozentfaktor rechnen, und andererseits auch bei nachweislich falschen Aussagen die Möglichkeit völlig entschuldigbarer Selbsttäuschung berücksichtigen müsse; sowie, daß es pathologische Aussagefälschungen ohne Wissen und Willen gebe. Um positive Beurteilungskriterien zu gewinnen, müßten die Bedingungen des Zustandekommens der Aussage, von denen deren Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit abhängt, ermittelt werden. Solche Bedingungen seien: der Gegenstand der Aussage; die formalen Bedingungen, unter denen die Wahrnehmung und die Aussage vor sich gingen; die Personen, die letztere abgeben. (Wird näher ausgeführt unter Hinweis auf Hör- und Sehkraft, Fähigkeit des Behaltens, des Reproduzierens und des Wiedererkennens; auf Affekt, Beeinflussung, Suggestion; den Grad der psychischen Energie, die dem Vollzug des psychischen Akts zugewendet wird; die zwischen Erlebnis und Aussage liegende zeitliche Distanz; die physiologischen und kulturellen Unterschiede der Menschen: Alter, Geschlecht, Geisteszustand, Bildung usw.). Für die Beseitigung der konstatierten Mißstände ergäben sich die Forderung einer Einschränkung oder Beseitigung der Bedingungen, die nachweislich die Aussage zu verschlechtern imstande seien, insbesondere einer Änderung der Technik des Verhörs (Abschaffung von Kreuzverhör und Suggestiofragen; Vermeidung von Prozeßverschleppungen, sowie Übermüdung der Zeugen); die Forderung einer Zuziehung von psychologischen Sachverständigen in geeigneten Fällen; die pädagogische Forderung einer zielbewußten Erinnerungspädagogik: der Erziehung des Menschen zu Lebhaftigkeit, Treue und Zuverlässigkeit der Beobachtung und der Erinnerung.

Methodisch kämen als Mittel, mit denen die Aussageforschung zu arbeiten habe, die Kasuistik und das Experiment in Betracht. Die Kasuistik: Sammlung, Beschreibung und Analyse von Fällen des wirklichen Lebens. Das Experiment: willkürliche Herbeiführung von Aussagen ad hoc. Bei dem Experiment müsse den Postulaten der Isoliertheit und der Abstufbarkeit bestimmter Seiten der Phänomene, der beliebigen Wiederholbarkeit unter gleichen Bedingungen, der quantitativstatistischen Verwertbarkeit der Ergebnisse, sowie der Lebensnähe genügt werden. Hinsichtlich des Versuchsmaterials sei diejenige Versuchsförm die wichtigste, die sich zwischen allzu komplex lebenswahrer und allzu exakt einfachem Material in der Mitte halte (also: lebenswahrer Material, künstlich vereinfacht ohne lebensfremde Schematisierung); heranzuziehen sei optisches Material (Bilder; optisch wahrnehmbare Realitäten, zunächst ruhende, dann auch bewegte Szenen:

Kinematograph; Theaterstücken), sowie akustisches (Wiedergabe von sprachlichen Stoffen, Wiedererzählen von gehörten Geschichten, Gerüchten, Gesprächen; insbesondere für Kinderversuche). — Notwendig sei bei den Versuchen nicht bloß Ermittlung, ob eine Aussage gut oder schlecht sei, sondern auch die Ermittlung des Grades ihrer Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, der einmal von der Menge dessen, was die Aussage an Inhalt bietet, sodann von der Korrektheit des Inhalts abhängig sei; zu diesem Behufe Zählung der in der Aussage enthaltenen Einzelangaben: die absolute Zahl der Elemente werde das Maß des Aussageumfangs, der Prozentsatz der in jener Zahl enthaltenen Falschangaben das Maß der Aussageuntreue sein. Bei der Zählung müsse aber die verschiedene Wichtigkeit der Aussagebestandteile berücksichtigt werden (deshalb Zerlegung der Angaben in Haupt- und Nebenangaben, jene doppelt, diese einfach gezählt usw.). Als äußeres Hilfsmittel für die Ermittlung des Grades der Fehlerhaftigkeit seien Protokolllisten zu empfehlen, in die Aussagen eingetragen würden. Bei solcher Statistik sei übrigens auch auf Feststellung der Zahl der Personen, die einen bestimmten Fehler machen, Bedacht zu nehmen.

Zum Schluß wird zur Verwirklichung des Postulats des Massensexperiments eine organisierte Arbeitsgemeinschaft einer großen Reihe geschulter Experimentatoren gefordert und der gemeinsame Arbeitsplan in großen Zügen skizziert.

14. Zum Aussagestudium teilt Heilberg Beobachtungen aus der gerichtlichen Praxis mit¹⁵⁾. Er stellt fest, daß die Zeitschätzung in den Zeugenaussagen oft evident mangelhaft sei; daß für das Vergessen nicht bloß der absolute Zeitraum zwischen Ereignis und Aussage, sondern vor allem die Fülle der Erlebnisse des Zeugen in der Zwischenzeit ins Gewicht fielen; daß frühere außergerichtliche Befundungen des Zeugen oft als ein wichtiges Mittel zur Kontrolle nicht bloß der subjektiven Wahrhaftigkeit, sondern auch der objektiven Wahrheit der Zeugenaussage herangezogen werden könnten. Namentlich aber weist er auch auf etliche besondere Fehlerquellen für die Aussage zufolge gerichtlichen Verhörs hin. 1. Eid und Feierlichkeit des Verfahrens schärften zwar Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Prüfung der Erinnerung und der Aussage, aber auf der andern Seite machten sie befangen und trübten Erinnerung und Aussage, namentlich wegen des weit verbreiteten Widerwillens dagegen, als Zeuge vernommen zu werden, und der Auffassung, als ob dies eine Schande sei. 2. Bei andern Zeugen spreche das Motiv der Eitelkeit und Wichtigtuerei mit und führe zu sachlich nicht berechtigter Bestimmtheit der Aussage und zu Übertreibungen. Insbesondere wolle sich der Zeuge, der in seinem engen Kreise eine gewisse Autorität habe, nicht öffentlich vor Gericht dadurch blamieren, daß er als Zeuge Unrecht bekomme, von andern

¹⁵⁾ Sterns Beiträge zur Psychologie der Aussage, Heft 2 S. 100 (Leipzig, Barth, 1903).

Zeugen widerlegt werde oder auch nur für nicht beweiskräftig erachtet werde; das treffe z. B. mitunter zu auf Schuppleute, Gendarmen, ländliche Lehrer, Gemeinbeschreiber. 3. Wieder bei andern und zwar sehr vielen Zeugen werde die Aussage gefälscht durch das Bestreben, möglichst viel zur Sache beizutragen. Eine bloße Nichtwissenserklärung befriedige sie nicht. Jedermann fühle sich bedrückt, wenn die Sache nicht aufgeklärt werde. Bedrückt fühle sich aber auch der Richter. Lasse dieser dann durch Vorhaltungen wie: „Das müssen Sie doch gesehen haben“ usw. erkennen, daß er von dem Zeugen ein Wissen erwarte, so wirke die Suggestion so stark, daß der Zeuge zuerst die Möglichkeit, dann die Wahrscheinlichkeit, schließlich die Gewißheit der Tatsache annehme. Dabei mache auch die regelmäßige gesellschaftliche und sonstige Überlegenheit des Richters über den Zeugen viel aus. Der Zeuge besitze in der Regel nicht die Fähigkeit, sich verständlich im Zusammenhang auszudrücken, Wesentliches und Unwesentliches zu trennen, verstehe zudem den Richter oft falsch. Statt auf eine Frage der Sache entsprechend mit Unterscheidungen zu antworten, bejahe oder verneine er sie schlechthin und biete so ein ganz irriges Bild der Sache.

15. Das dritte Heft der „Beiträge zur Psychologie der Aussage“ wird ausgefüllt durch den ersten Teil einer Abhandlung des Herausgebers der Beiträge, W. Stern, über die Aussage als geistige Leistung und als Verhörsprodukt¹⁶⁾. Der Abhandlung liegen neue experimentelle Untersuchungen an Schülern (Knaben und Mädchen) von 7—19 Jahren zu Grunde; gegenüber den früheren Versuchen sind diese Untersuchungen nach Methode und Ziel namentlich dadurch verbessert worden, daß kein schwarzes, sondern ein farbiges Bild als Versuchsobjekt gewählt wurde; daß zu dem freien Bericht der Versuchspersonen auch noch ein Verhör hinzugefügt wurde; daß eine Doppelzählung von Fehlern nicht mehr stattfand; daß endlich die Spontanität der Leistung berechnet wurde und zwar sowohl das Verhältnis der Masse der spontanen Aussagen zu der Gesamtheit des im Individuum bestehenden Bewußtseins-Tatbestandes, wie auch das Verhältnis der Masse der spontanen Aussagen zu der Gesamtheit des objektiven Tatsachenbestandes. Inhaltlich sind die Angaben der Versuchspersonen nach 7 Kategorien (1. Sachen, 2. Personen, 3. Tätigkeiten und Zustände der Personen, 4. Raumangaben, 5. Merkmale mit Ausnahme der Farben, 6. Farben, 7. Zahlenangaben) gruppiert worden. Daneben sind die Angaben in (11) wichtige (Hauptstücke) und minder wesentliche eingeteilt. Aus dem reichen Inhalt der 147 Seiten starken Schrift sei hier folgendes herausgegriffen:

Resultate hinsichtlich der Gesamtaussage: 1. Im Durchschnitt sämtlicher Personen waren 70 pCt. richtige, 22 pCt. falsche, 8 pCt. unbestimmte Angaben. Unter sämtlichen positiven Angaben waren 24 pCt., also jede vierte falsch; somit belief sich der Gesamtdurch-

¹⁶⁾ Leipzig, Barth, 1904.

schnittswert der Ausfagetreue auf 76 pSt. 2. Die Knaben sind gegenüber den Mädchen überall im Vorteil: im Wissen beträchtlich (61,4 gegen 51,2 richtige Angaben); in Vermeidung falscher Angaben sehr wenig (19,7 gegen 20,1 falsche Angaben); etwas mehr hinsichtlich unbestimmter Angaben (5,3 bei Knaben gegen 7,7 bei Mädchen); die Treue der Aussage beläuft sich bei Knaben auf $75\frac{1}{2}$ pSt. gegen $71\frac{3}{4}$ pSt. bei Mädchen. 3. Der Altersfortschritt drückt sich darin aus, daß das Wissen von 7— $14\frac{1}{2}$ Jahren um 44 pSt. stieg (46,8 richtige Antworten zu 67,4 solchen); die falschen Angaben um 30 pSt. sanken (von 22,1 falschen Antworten auf 15,6 solche), also die Treue um 21 pSt. (von 67 pSt. auf 81 pSt.) stieg. Während also bei Siebenjährigen jedes dritte Element des positiven Aussageinhalts falsch war, war es bei Bierzehnjährigen nur jede fünfte Angabe. 4. Der Anstieg der Leistungen innerhalb des Kindesalters stellte sich als nicht gleichmäßig heraus: Zeiten starken Anstiegs wechseln mit Zeiten des Stillstands oder sogar des Rückschritts, und zwar haben diese Perioden eine andere Lage bei Mädchen als bei Knaben. Die Zeit von 7 bis 10 Jahren bedeutet bei Knaben eine Zeit starker Entwicklung, bei Mädchen ein Stehenbleiben; von 10—14 Jahr holen die Mädchen durch rapide Entwicklung das Versäumte nach und überholen die Knaben ein wenig, die während dieser Zeit keinen Fortschritt machen; von 14—18 Jahren zeigte sich bei Knaben (Mädchen dieses Alters haben an den Versuchen nicht teil genommen) kein merklicher Fortschritt.

Die Fehlerliste hinsichtlich der Hauptstücke zeigte folgendes Bild: 7 pSt. aller Hauptangaben waren falsch = von 11 Hauptstücken war in jeder Gesamtaussage durchschnittlich nicht ganz eins falsch angegeben. Da die Gesamtaussage ohne Scheidung von Haupt- und Nebensachen 24 pSt. Fehler aufweist, so ergibt sich, daß die Zuverlässigkeit in bezug auf Hauptsachen beträchtlich größer ist als in bezug auf Nebensachen. Der Unterschied der Geschlechter hinsichtlich der Hauptsachen äußert sich darin, daß sich bei Knaben mit steigendem Alter eine wenn auch nicht allzu große Abnahme der Zuverlässigkeit zeigt, die Mädchen der Oberklasse dagegen das absolute Leistungsoptimum zeigen, insofern von den 6 Mädchen der Oberklasse in bezug auf die Hauptsache auch nicht eine falsche Angabe gebracht hat.

Die Untersuchungen hinsichtlich des spontanen Verkehrs für sich allein (ohne Berücksichtigung des darauf erfolgten Verhörs) ergaben 1. im Durchschnitt aller Personen den Fehlerprozentfuß 6 pSt. = eine Zuverlässigkeit von 94 pSt. = jede 16. Angabe war falsch. Spontaneität des Wissens = 39 pSt., = $\frac{2}{3}$ aller richtig behaltenen Elemente des Bildes wurden spontan genannt, $\frac{1}{3}$ mußten erst durch Fragen hervorgeholt werden. 2. Geschlechterunterschied: In der Menge des spontan Erzählten stehen die Mädchen hinter den Knaben zurück, ebenso in der Menge des darin enthaltenen korrekten Wissens (Verhältnis von 100 : 121). In der Treue der Aussage haben die Mädchen einen ganz minimalen Vorsprung (100 : 99). Die Sponta-

neität ist wiederum bei Knaben größer (100 : 109). 3. Altersfortschritt: Die absolute Zahl der spontan richtig genannten Einzellemente, die bei den 7jährigen 13 betrug, hat sich bei den 14jährigen mehr als verdoppelt, bei den 18jährigen fast verdreifacht. Auch die relative Spontanität des Wissens wächst mit dem Alter: bei 7jährigen 28 pSt. aller richtigen Erinnerungselemente, bei 14jährigen 44 pSt., bei 19jährigen 56 pSt. Dagegen zeigt die relative Zuverlässigkeit der spontanen Aussagen fast völlige Indifferenz gegenüber den Altersunterschieden; nur die obere Mädchenklasse hebt sich vorteilhaft durch einen besonders hohen Zuverlässigkeitsatz ab. 4. Der Verlauf des Altersfortschritts ist derselbe wie bei der Gesamtausage.

Das Verhör: Der im Verhör festgestellte Wissensbestand (das reaktive Wissen) ist = 59,4 pSt.; auf $\frac{3}{5}$ der gestellten Fragen wurden die richtigen Antworten gewußt. Maß der Verhörstreue = 67 pSt. = von allen positiven Antworten, die im Verhör erzielt wurden, waren $\frac{2}{3}$ richtig, $\frac{1}{3}$ falsch. Auf die Suggestivfragen speziell (deren 12 gestellt wurden) erfolgten 59 pSt. richtige, 25 pSt. falsche Antworten, 16 pSt. Antworten mit „Nichtwissen“; also positives Wissen um die Nichteristenz des Fragethemas 59 pSt. Treue (Indiz für die Widerstandsfähigkeit gegen Suggestion) 71 pSt., also fast $\frac{1}{3}$ der bestimmt lautenden Antworten durch die Suggestion beeinflusst. Die Widerstandsfähigkeit gegen Suggestion von den jüngsten bis zu den ältesten Prüflingen weist fast eine Verdoppelung auf. — Verhältnis zwischen der freien und der (durch das Verhör) gebundenen Aussage: Die gebundene hat den 5fachen Grad der Fehlerhaftigkeit gegenüber der freien Aussage; der Bericht lieferte nur 6 pSt., das Verhör 33 pSt. falsche positive Angaben. Erklärung hierfür: „Die Wirkung der Frage für die Erinnerung ist zweischneidig: sie bietet eine Krücke dar, um zu Vorstellungen hinzutommen, die sonst ungehoben geblieben wären; aber diese Krücke ist aus Magneteisen, das mit oft unwiderstehlicher Gewalt zur Antwort hinstrebt; und so zerrt sie den, dem sie als Stütze dienen soll, auf Wege, die er sonst gemieden hätte“. Schon das Gefragtwerden (unter Außerachtlassung von Suggestivwirkungen) wirke verfälschend, sei es, daß die Frage auf mechanischem Wege eine falsche Assoziation hervorrufe; sei es, daß sie den Gefragten eine Lücke in seiner Erinnerung empfinden lasse, die er auszufüllen suche durch Ausprobieren verschiedener Möglichkeiten oder durch logischen Schluß; sei es, daß die Antwort gar nicht Ausdruck wirklicher Überzeugung des Gefragten, sondern Angst- oder Suggestionsprodukt sei; sei es endlich, daß die Antwort eine wirkliche Lüge sei. Aber auch wo die infolge der Frage gegebene Antwort richtig sei, liege oft nur Zufallsrichtigkeit vor, es werde blindlings das Richtige getroffen und nicht ein Wissensinhalt kundgegeben. Wegen dieser Zufallsrichtigkeit sei festzustellen, daß alle Berechnung der Werte für Wissen und Treue durchweg zu hoch gegriffen sei, da in sie die durch Zufall richtigen Antworten mit einbezogen sind. — Die Suggestivfragen speziell zerlegt der Verf. nach dem Grade der Suggesti-

vität in 6 Gruppen: 1. Die Frage mit Fragewort: „welcher, wie, wo, warum?“ — Bestimmungsfrage; 2. die vollständige Disjunktionsfrage: „war das und das?“ — Ja-Nein-Frage; 3. die unvollständige Disjunktionsfrage: „war das so oder so?“ — Aut-aut-Frage; 4. die suspensive Frage: „war das nicht so?“ — Ja-Frage beziehungsweise Nein-Frage; 5. die Voraussetzungsfrage, eine Frage, die einen Umstand stillschweigend voraussetzt und an ihn eine Frage anknüpft: „Welche näheren Eigenschaften hatte das und das?“; 6. die Folgefrage = Fortsetzung einer ersten gelungenen Suggestiofrage. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß selbst unter den günstigsten Bedingungen für Stärke, Fülle und Frische des Erinnerungsinhalts die Suggestioform der Frage grobe positiv substantielle Verfälschungen der Aussage zu erzeugen vermag, wie sie bei unsuggestiven Fragen kaum vorkommen, und daß sie diese groben Verfälschungen unter bestimmten Umständen in gleicher Häufigkeit herbeizuführen vermag, wie Normalfragen schwächere (accidentelle oder negativ substantielle) Verfälschungen bewirken.

Anlangend der Inhalt der Aussage (ihre Beziehung auf Personen, Sachen usw.) stellt der Verf. fest, daß die persönlichen Kategorien viel stärkeren Spontaneitätswert haben, als die sachlichen; die substantiellen viel stärkeren Spontaneitätswert als die accidentellen (attributiven und relativistischen); innerhalb der optischen Merkmale Raumangaben einen viel stärkeren Spontaneitätswert haben als Farbenangaben, und daß die Spontaneität der Farbenangaben auch absolut genommen außerordentlich schwach ist. Ferner hat sich der Spontaneitätswert als stärker herausgestellt bei den Kategorien, die etwas Daseiendes an und für sich bezeichnen gegenüber denjenigen, die nur eine am Daseienden haftende Eigenschaft oder Relation bezeichnen. Danach ist in stofflicher Beziehung die spontane Erinnerung und Aussage, selbst wenn sie rein theoretischen Zwecken dient, keine indifferente Registrierung der Objektivität, sondern eine mit intuitiver Abstufung arbeitende Auslese der Aufmerksamkeit und des Interesses; das Prinzip dieser Auslese ist die praktisch-anthropozentrische Wertbeziehung; die Stärke der rein peripheren Sinnensälligkeit der Eindrücke an und für sich ist nicht imstande, in hohem Maße Aufmerksamkeit und Interesse auf sich zu ziehen, dies geschieht vielmehr nur dann, wenn die Sinnensälligkeit zugleich starke praktisch-teleologische Bedeutung hat.

Für die Fehler mit Bezug auf den Inhalt der Aussage war festzustellen, daß die personalen Kategorien zuverlässigere Ergebnisse lieferten, als die sachlichen; innerhalb der optischen Faktoren Farbenangaben in höchstem Grade unzuverlässig, Ortsangaben dagegen recht gut waren; Zahlenangaben schließlich einen geringen Grad von Zuverlässigkeit hatten. Danach erwies sich der Grad des spontanen Interesses, der einer Kategorie zugewandt ist, als mitbestimmend für den Grad der Korrektheit und Zuverlässigkeit, die den Angaben der Kategorie zukommt.

Verf. bespricht sodann z. B. noch die Bedeutung der Pubertäts-

jahre, sowie der Präpubertätsperiode für die Aussage; stellt fest, daß die Mädchen bei den Berichten mehr die persönlichen, die Knaben mehr die sachlichen Kategorien bevorzugen; daß in bezug auf den Aussageinhalt die Mädchen gegenüber den Knaben sowohl im ganzen rückständig sind (ihre größere Vorliebe für die persönlichen Kategorien entspricht einem niederen Entwicklungsstadium), wie auch im einzelnen (die einzelnen inhaltlichen Entwicklungsstufen der Erzählfähigkeit werden von ihnen später erreicht, als von den Knaben); daß die Mädchen an Interesse, Wissen und Zuverlässigkeit bezüglich der Farben beträchtlich hinter den Knaben zurückstehen — usw.

16. Jaffa beschreibt in Sterns Beiträgen zur Psychologie der Aussage¹⁷⁾ das aussage-psychologische Experiment, das v. Liszt im Wintersemester 1901/02 in seinem Seminar vorgenommen hat. Die Feststellung der — recht zahlreichen — Fehler in den Aussagen hat er dabei im wesentlichen nach Sterns Anleitung eingerichtet; doch zählt er jeden Fehler im Gegensatz zu Stern nur einfach, ohne zwischen doppelt zu rechnenden Fehlern (Fehlern über wichtigere Punkte) und einfachen Fehlern zu scheiden, weil die Wertung eines Aussagepunktes als wichtig oder weniger wichtig erst aus den Aussagen gewonnen werden dürfe, auch sehr relativ sei. Der Versuch bestätigt die von Stern aufgestellte These, daß man auch bei einwandfreien Zeugen mit einem gewissen Grade von Fehlerhaftigkeit zu rechnen habe: von den Aussagen war, wiewohl die Versuchspersonen aufnahmefähig, uninteressiert und möglichst richtig auszusagen bestrebt waren, keine einzige fehlerlos, die geringste Fehlerzahl betrug 4. Der Versuch hat aber im Gegensatz zu einem von Stern formulierten Gesetz ergeben, daß die Erzählungen kurz nach dem Vorfall keineswegs das beste Resultat lieferten, sich vielmehr mehrere Wochen später das Erinnerungsvermögen konsolidierte und ein weit getreueres Bild des Vorfalls ergab. Deutlich ist in dem Versuch hervorgetreten, daß hinsichtlich desjenigen Teils des Vorgangs, bei dessen Wahrnehmung die Erregung der Versuchspersonen größer war, die Aussagen wesentlich fehlerhafter waren (um 9,3—20,3 pSt.), und zwar am fehlerhaftesten die Aussagen kurz nach dem Vorfall, während in den späteren Aussagen die Befundungen über den erregten Teil des Vorgangs nicht in gleichem Maße fehlerhafter waren, als die über den ruhigeren Teil des Vorgangs, um aber bei den noch späteren Aussagen wieder eine größere Fehlersteigerung hinsichtlich der erregten Teile des Vorgangs aufzuweisen. Hinsichtlich der Auslassungen in den Aussagen hat sich gezeigt, daß von ihnen namentlich das Normale, Alltägliche, betroffen worden ist.

Insgesamt konstatiert Jaffa eine gewisse Mangelhaftigkeit des Versuchs. Es fehle, trotzdem der Versuch vorher einstudiert worden sei, doch ein absolut sicherer Spiegel der Wirklichkeit. Der Vorgang sei auch zu kompliziert gewesen. Auch habe sich gezeigt, daß sowohl

¹⁷⁾ Heft 1 S. 79 (Leipzig, Barth, 1903).

die mündliche wie die schriftliche Aussage ihre Unvollkommenheiten hätten; es werde sich für die Zukunft eine Verbindung beider empfehlen: die Versuchsperson werde zuerst zu veranlassen sein, sich mündlich zusammenhängend zu äußern, darauf (durch Spezialbefragung), etwaige Ergänzungen und Abänderungen anzubringen und schließlich werde sie entweder die Aussage selber niederzuschreiben haben, oder es werde ein Protokoll aufzunehmen und ihr dieses zur Durchlesung und Genehmigung vorzulegen sein.

17. Lobsien spricht¹⁸⁾ auf Grund umfassender psychologischer Versuche mit Kieler Volksschülern und Volksschülerinnen im durchschnittlichen Alter von 9—14 Jahren (rund 9000 Antworten) über „Aussage und Wirklichkeit bei Schulkindern“. Als Momente, die für die Wertung der Aussage von Kindern in Betracht kommen, hebt er hervor: den Zwang der Umwelt; den Anschauungs- und Gedächtnistypus; die Flüchtigkeit und Unstätigkeit des kindlichen Wesens; die Stimmung; die Suggestierbarkeit; den Einfluß größerer Zeiträume; den Einfluß von Alkohol, Tee, Kaffee; die Umgangssprache; die Entstellungsabsicht. Von den Ergebnissen der Untersuchung verdient besonders Erwähnung, daß die alsbald unter dem frischen Eindruck abgegebenen Aussagen weniger günstige Resultate lieferten, als die späteren (vgl. den Bericht Nr. 16).

18. Über zwei psychologische Experimente mit fünf dem Arbeiterstande angehörigen Personen berichtet Lipmann in Sterns Beiträgen¹⁹⁾. Bemerkenswert ist besonders, daß ein Teil des zum Aussagegegenstande gemachten Vorgangs — des Eintritts einer Dame in ein Klassenzimmer nebst anschließender Unterhaltung usw. —, nämlich die Wegnahme eines Reclamhefts durch die eingetretene Dame vom Ratheber, von keiner der Versuchspersonen bemerkt worden ist, sondern hierüber zwei der letzteren mit Nichtwissen und drei falsch geantwortet haben.

19. Bernheim weist²⁰⁾ darauf hin, daß die von dem Historiker geübte Quellenkritik ein Seitenstück zur prozessualen Wertung von Zeugenaussagen sei. Der Jurist werde insbesondere von der vorgeschrittenen Methodik der Geschichtswissenschaft (sorgfältiger Analyse und Bewertung jeder Aussage nach der Individualität des Berichterstatters und der Quelle seines Wissens) nachahmend Nutzen ziehen können. Aus dem festen Bestande der historischen Wissenschaft ergebe sich auch die Grundlosigkeit der Befürchtung, als werde die Einsicht in die Unsicherheit von Zeugenaussagen bloß Skeptizismus erzeugen und die prozessuale Wahrheitserforschung lahm legen; denn die skeptischen Bedenken seien in der historischen Wissenschaft stets dadurch überwunden

¹⁸⁾ Sterns Beiträge zur Psychologie der Aussage, Heft 2 S. 26 (Leipzig, Barth, 1903).

¹⁹⁾ Heft 2 S. 90 (Leipzig, Barth, 1903).

²⁰⁾ Sterns Beiträge zur Psychologie der Aussage, Heft 2 S. 110 (Leipzig, Barth, 1903).

worden, daß man sie zu festen Beurteilungskriterien umgewandelt und damit Grenzziehungen für die Schätzung der Brauchbarkeit der Befundungen geschaffen habe; es habe sich so nicht ein Verzicht auf deren Benutzung, sondern die Erlernung sicherer Handhabung der Einschätzung ergeben. Im einzelnen sei der Historiker namentlich gewohnt, den verschiedenen Grad der Erinnerungstreue, sowie die Suggestibilität (insbesondere durch Phantasie, Hang zur Motivierung und zur Abrundung bei Weitererzählung) zu berücksichtigen; entsprechend werde auch der Jurist zu verfahren haben.

20. Vom forensisch-psychiatrischen Standpunkte aus bespricht Cramer in Sterns Beiträgen zur Psychologie der Aussage²¹⁾ den Wert der Zeugenaussage bei Geisteskrankheit des Zeugen und bei Grenzzuständen. Von den drei Komponenten, aus denen sich die geistige Leistung der Zeugenaussage zusammensetzt (Aufassungsvermögen — Merkfähigkeit — Reproduktionsvermögen) könne jede für sich allein, sie könnten aber auch alle zusammen pathologisch gestört sein. Möglich sei freilich, daß ein Zeuge trotz Geisteskrankheit richtig aussage; nur lasse sich eine allgemeine Regel, wann dies der Fall sei und wann nicht, nicht aufstellen, es wäre denn etwa der Satz, richtige Befundungen könne man von einem geisteskranken Zeugen nur erwarten, wenn der Vorfall, über den er aussage, ein drastischer und einfacher sei, so daß er stark in das Blickfeld des Bewußtseins springe, und wenn nicht zu lange Zeit zwischen dem Vorfall und der Aussage verstrichen sei. Im allgemeinen sei die Aussage ausgesprochen geisteskranker Personen mit der größten Vorsicht aufzunehmen und jede individuell zu bewerten; um ihr Wert beilegen zu können, müsse der Nachweis erbracht sein, daß die geistige Leistung, die die Zeugenaussage zur Folge hat, unbeeinflusst von krankhaften Momenten geschehen sei. Dieser Nachweis sei aber schwer und nur dann möglich, wenn man den Kranken genau kenne und beobachtet habe. In noch höherem Grade bedürfe es der Individualbehandlung jedes einzelnen Falles, wenn es sich bei dem Zeugen nicht um Geisteskrankheit, sondern um die sogenannten Grenzzustände (Epilepsie, Alkoholismus, Hysterie, Degeneration, traumatische Degeneration, Neurasthenie, Hirnsyphilis) handle. Derartige Personen könnten sehr wohl infolge ihrer krankhaften Grundlage in der geistigen Tätigkeit, die zur Zeugenaussage erforderlich sei, geschädigt sein und, weil sie gar nicht aufzufallen brauchten, als Zeugen sehr gefährlich sein. Sei diese Gefahr für die Rechtspflege auch abgeschwächt durch die Konkurrenz anderer Beweismittel, durch Mithineinspielen des Indizienbeweises, sowie auch durch die Tätigkeit der Verteidigung, so sei es doch nützlich, wenn sich auch der Richter mit den Möglichkeiten auf psychopathischem Gebiet, die die Zeugenaussage beeinträchtigen können, bekannt mache.

21. Unter der Überschrift „Psychologische Tatbestandsdiagnostik“ geben Wertheimer und Klein im Archiv für Kriminalanthropologie

²¹⁾ Heft 2 S. 1 (Leipzig, Barth, 1903).

und Kriminalist²²⁾ Ideen zu psychologisch-experimentellen Methoden zum Zwecke der Feststellung der Anteilnahme eines Menschen an einem Tatbestande als Antwort auf die Fragen:

„Ist es nicht möglich, die Seele eines Menschen auf allgemeine psychische Folgen eines Tatbestandes hin zu durchforschen, ohne sich auf seine Behauptungen zu stützen? Ist es nicht möglich, in diesem Sinne Äußerungen psychischer Phänomene methodisch hervorzurufen, ohne daß eine die Resultate völlig verhindernde Ingerenz des Untersuchten statthaben könnte, und so zu diagnostizieren, daß die psychischen Folgen in dem Untersuchten A. vorhanden sind, in B. nicht?“

V. Lehre vom Urteil.

22. Kroschels sorgfältige und gediegene Anleitung zur Abfassung der Urteile in Strafsachen liegt nach einem zweijährigen Zeitraum wiederum in neuer — vierter — Auflage vor²³⁾. Von den Veränderungen, die das Buch in der neuen Gestalt aufweist (und zu denen teils durch Lucas Anleitung zur strafrechtlichen Praxis, teils durch Rückkehr des Verf. zu strafrichterlicher Tätigkeit der Anstoß gegeben wurde), seien folgende hervorgehoben:

Im der Disposition umgestaltet und teilweise erweitert sind die Abschnitte über die sogenannte tatsächliche Feststellung, sowie über die Bedeutung des § 266 Abs. 2 St.P.D. Auf S. 12 ist der Tenor des Urteils bei Annahme eines fortgesetzten Verbrechens berücksichtigt und zutreffend bemerkt, daß eine besondere Erwähnung der Handlungseinheit nicht erforderlich sei (wohl aber die Gründe darüber das Nötige ergeben müßten). S. 39 wird richtig betont, daß der Richter nicht der Gefahr erliegen dürfe, Tatbestandsmerkmale in den Gründen als „selbstverständlich“ mit Stillschweigen zu übergehen. Sehr am Platze ist die gute Bemerkung über die Beweislast auf S. 51; damit in Verbindung die Bemerkung auf S. 62, daß in § 266 Abs. 2 St.P.D. die Wendung „nicht festgestellt“ (bei Strafausschließungsgründen usw.) nicht korrekt, sondern im Sinne von „widerlegt“ zu interpretieren sei. Auf S. 73/74 wird das nobile officium des Rechtsmittelrichters betont, die Gründe der Vorinstanz nicht ungewürdigt zu lassen.

Nicht unbedenklich ist die von der 3. Auflage abweichende Aufassung (S. 11), daß bei Verurteilung im Falle der Idealkonkurrenz aus dem Tenor nicht hervorzugehen brauche, daß es sich um Idealkonkurrenz handle. Das Ausschweigen des Tenors über Idealkonkurrenz gibt mindestens einer Undeutlichkeit Raum. Für den Fall, daß auf eine Gesamtstrafe unter Einrechnung einer früheren Einzelstrafe erkannt wird, lehrt Kroschel S. 14 im Anschluß an das Reichsgericht, daß ein Zusatz des Inhalts, daß die schon verbüßte Strafe

²²⁾ Bd. XV S. 72.

²³⁾ Berlin, Bahlen, 1904.

anzurechnen sei, nicht nötig sei. Das ist ja an sich zugeben, aber der Zusatz erscheint doch empfehlenswert, weil er die Strafvollstreckung erleichtert. S. 14 Anm. 2 akzeptiert der Verf. die reichsgerichtliche Auffassung, daß der Verlust der Ehrenrechte nur neben der Gesamtstrafe, nicht neben den Einzelstrafen zu verhängen sei. Aber gegen diese Auffassung spricht entschieden der Umstand, daß bei solchem Verfahren eine etwaige revisionsgerichtliche Entscheidung unter Umständen zu unnützen Weiterungen gedrängt wird. Beispiel: 2 Diebstähle, deren einer 3 Jahr Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf 3 Jahre, der andere 2 Jahre Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahre verdient; Gesamtstrafe 4 Jahre Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf 5 Jahre. Es wird vom Revisionsgericht die Verurteilung wegen Tat 1 aufgehoben und freigesprochen, die Revision im übrigen verworfen. War in diesem Falle der Verlust der Ehrenrechte separat neben jeder Einzelstrafe ausgeworfen, so ist die Sache erledigt: Es fällt weg Einzelstrafe 1 und Gesamtstrafe, bestehen bleiben 2 Jahre Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahre. War dagegen der Verlust der Ehrenrechte nur ungeteilt neben der Gesamtstrafe ausgeworfen, so bleibt nichts übrig, als die Sache 2, trotzdem bezüglich ihrer gar kein Revisionsgrund vorlag, an die Vorinstanz behufs nunmehriger Verhängung der Ehrenstrafe zurückzuverweisen (oder gegebenenfalls das Minimum gemäß § 394 St.P.O. zu verhängen) — sicher ein Verstoß gegen den Begriff der Rechtskraft und gegen die Regeln des Rechtsmittelverfahrens. — Auf S. 20/21 empfiehlt Kroschel, bei einer Rechtsmittelentscheidung, die gegenüber einer vorinstanzlichen Gesamtstrafverhängung die eine Tat verneint, die Verurteilung hinsichtlich der anderen bestehen läßt, nicht zu tenorieren

„Das Urteil . . . wird insoweit aufgehoben als . . .“; sondern den Tenor auf gänzliche Aufhebung des Vorderurteils und Neuverurteilung abzustellen, z. B.:

„das Urteil des Schöffengerichts wird aufgehoben. Der Angeklagte wird wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Im übrigen wird er freigesprochen.“

Das widerspricht aber dem Gedanken, daß die Aufhebung nicht weiter gehen darf, als das Vorderurteil unhaltbar ist. Auch entspricht der Tenor: „Der Angeklagte wird wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt“ nicht dem wahren Sachverhalt: Das Rechtsmittelgericht hat ja gar nicht selber wegen Diebstahls zu 1 Woche Gefängnis verurteilt, sondern diese Verurteilung war eine solche des Schöffengerichts, und das Rechtsmittelgericht hat nur das Rechtsmittel in diesem Punkte verworfen: der Angeklagte „bleibt“ — nicht „wird“ — verurteilt.

Wie dem auch sei, jedenfalls ist auch dieser Auflage zu wünschen, daß sie weiteste Verbreitung finden möge. In der nächsten Auflage könnte vielleicht das über die Alternativfeststellung Gesagte etwas erweitert werden (vgl. Oßern, Alternativität im Strafprozeß, 1902).

23. Über die Frage, ob und eventuell wie die „Einsicht“ bei jugendlichen Angeklagten ausdrücklicher Erwähnung in den Urteilsgründen bedarf, hat sich bisher eine klare Praxis nicht herausgebildet, insbesondere auch nicht beim Reichsgericht. Die neueste Entscheidung des Reichsgerichts in Vb. XXXVI S. 112 hat nun ganz neue Wege eingeschlagen, indem sie behauptet, daß weder Abs. 1 noch Abs. 2 des § 266 St.P.O. hier anwendbar seien. Gegen diese Auffassung wendet sich Kroschel im „Recht“²⁴⁾, indem er zutreffend darauf hinweist, daß diese Auffassung sicher unrichtig ist, weil es dann an einer gesetzlichen Bestimmung über die urteilsurkundliche Behandlung der Einsicht überhaupt fehlen würde.

VI. Zwangsmittel.

24. Im „Recht“²⁵⁾ vertritt Einzel die Auffassung, daß zur Aufhebung eines im Ermittlungsverfahren erlassenen Haftbefehls auch nach Erhebung der öffentlichen Klage nur der Amtsrichter zuständig sei. Daß durch die Klage besaßte Beschlußgericht beziehungsweise der Untersuchungsrichter hätten nur anzuordnen, ob die Haft fortzudauern habe; bei Verneinung sei es alsdann Sache des Amtsrichters, den Haftbefehl aufzuheben.

25. Die Schrift von Rothes über „Die Beschlagnahme nach Wesen, Arten und Wirkungen“²⁶⁾ stellt zusammenfassend die Grundsätze dar, die für die Beschlagnahmen auf dem Gebiete des Zivilprozesses, des Strafprozesses, der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des Verwaltungsrechts, des Staatsrechts, des Völkerrechts gelten. Beschlagnahme im Sinne von Beschlagnahmeanordnung sei die Amtshandlung, die auf Verdrängung der privaten Verfügungsgewalt zu gunsten einer besonderen Herrschaft der staatlichen Gewalt, auf „Verstrickung“, gerichtet sei. Als staatlicher Akt sei sie nur bis zu den Schranken der Territorialhoheit statthaft, deshalb sei sie nur hinsichtlich der im Gewaltbereich des Staates befindlichen Sachen zulässig. Von den Ergebnissen, zu denen der Verf. hinsichtlich der strafprozessualen Beschlagnahme gelangt, seien folgende hervorgehoben: Die Beschlagnahme eines Überführungs- oder Einziehungstücks könne von dem Beamten, der sie anordnet, auch vollzogen werden, und zwar in jeder beliebigen Weise; zulässig sei insbesondere auch Anlegung von Siegeln oder Siegelmarken, auch einfache amtliche Erklärung, daß der Inhaber die Sache fortan für die beschlagnahmende Behörde zu verwahren habe. Die Verstrickung höre bei Überführungsstücken, die nicht zugleich Einziehungstücke seien, mit der Rückgabe aus dem amtlichen Gewahrsam oder Freigabeerklärung auf, sowie auch mit Ausfolgung an den Verletzten; bei Einziehungsstücken mit Verfügung über sie durch die zuständige Behörde. — Die zivilprozessualen Exekutions-

²⁴⁾ VIII. Jahrg. S. 377.

²⁵⁾ VIII. Jahrg. S. 280.

²⁶⁾ Leipzig, Veit & Co., 1903.

verbote ständen einer Beschlagnahme aus § 325 St.P.D. entgegen, nicht aber der Vermögensbeschlagnahme aus § 326 u. § 332 St.P.D. — Der Tod des Beschuldigten mache der Vermögensbeschlagnahme aus § 332 St.P.D. ein Ende, derjenigen aus § 326 das. dagegen nicht. — Ein Zusammentreffen mehrerer Beschlagnahmen hinsichtlich desselben Objekts sei namentlich in der Weise möglich, daß ein und dasselbe Überführungs- oder Einziehungsstück für mehrere Strafprozesse beschlagnahmt werde; seien verschiedene Bundesstaaten beteiligt, so habe der eine dem anderen die amtliche Benutzung zu gestatten. Träfen mehrere Vermögensbeschlagnahmen aus § 332 St.P.D. zusammen, so brauche nicht notwendig der einzusetzende Güterpfleger für beide identisch zu sein. — Die Beschlagnahme eines Überführungsstücks greife auch an Sachen durch, die zu einer Konkursmasse oder einem unter Nachlaßverwaltung stehenden Nachlaß gehörten. — Mit einander verträglich seien eine Spezialbeschlagnahme aus § 325 St.P.D. mit einer Vermögensbeschlagnahme aus § 326 das. — Rechte Dritter würden durch Vermögensbeschlagnahmen nicht berührt, daher seien Zwangsvollstreckung und Konkurs in das beschlagnahmte Vermögen möglich. — Der Schlußabschnitt der Schrift enthält eingehende Untersuchungen über die zivilrechtlichen Wirkungen der verschiedenen Beschlagnahmearten (Besitzverhältnisse, Verfügungsrechte usw.).

VII. Schwurgerichtliche Hauptverhandlung.

26. An der Hand eines überaus reichen materiellstrafrechtlichen Materials untersucht Otter im Gerichtssaal²⁷⁾ die Formulierung der Schwurgerichtsfragen im Hinblick auf die „gesetzlichen Merkmale“. Der Grundgedanke seiner Ausführungen ist der, daß in zahlreichen Fällen die von der St.P.D. zur Verfügung gestellten Frageformen nicht imstande seien, dem materiellen Strafrecht gerecht zu werden, und daß alsdann eine Umbildung des gesetzlichen Formulars unausweichlich sei, wie auch umgekehrt der strafgesetzliche Wortlaut Änderungen erfahren müsse, um eine prozessualisch brauchbare Formel zu ergeben. Dieser Grundgedanke wird im einzelnen für die Hauptfrage und sodann für die Nebenfrage durchgeführt, und es wird dabei auch gegensätzlich festgestellt, inwieweit die strafprozeßordnungsmäßige Frageform ohne Umbildung genügt, um den strafrechtlichen Inhalt wiederzugeben. Das Referat muß sich darauf beschränken, im folgenden fragmentarisch einige der wichtigsten Ergebnisse der Abhandlung herauszugreifen, um an ihnen deren Grundlinien zu veranschaulichen.

1. Die objektiven Bedingungen der Strafbarkeit erfordern einen von dem „Ist . . . schuldig?“ unabhängigen Fragezusatz.
2. Substantivische (definitionslose) Benennung des Delikts im Strafgesetz (z. B. Ehebruch) erfordert verbale Ausgestaltung („Ist

²⁷⁾ Bd. LXIV S. 55–218.

... schuldig, Ehebruch getrieben zu haben?"), dagegen nicht eine Auflösung des Begriffs im Sinne wissenschaftlicher Definition.

3. Das lückenhaft gefaßte Strafgesetz ist in die Frageformel mit seiner Unvollständigkeit zu übernehmen; Aufklärung über die Bedeutung des Gesetzes ist lediglich Sache der Rechtsbelehrung.

4. Änderung oder Ergänzung des strafgesetlichen Wortlauts mit Rücksicht auf die prozessuale Sachlage ist geboten, wo glatte Umsezung des Tatbestands in die vorgeschriebene Frageform nicht möglich ist (Beispiel: das Strafgesetz spricht von einer Tätermehrheit); wo die inhaltliche Wiebergabe eines im Gesetz enthaltenen Satzes eine Fassungsänderung bedingt (z. B. bei § 102 St.G.B. Weglassung des Konditionalsatzes „die, wenn sie der Täter begangen hätte, nach Maßgabe zu bestrafen sein würde," und Einfügung der betreffenden Deliktsspezies in die Frage); ferner wo eine im Gesetz dem Deliktstatbestand nachfolgende Einschränkung zu einer Abweichung vom Wortlaut führt (z. B. bei § 49a St.G.B. „ schuldig, durch eine Schrift aufgefordert zu haben"); sowie da, wo der Ausdruck des Gesetzes seinem Gedanken nicht adäquat und deshalb korrekturbedürftig ist (z. B. bei § 235 St.G.B. „Vater" statt „Eltern").

5. Ofters sind Strafgesetzbestandteile auszuscheiden, z. B. bei Versuch der Passus „wenn . . . nicht zur Vollenbung gekommen ist".

6. Wo das Strafgesetz mit generellen Deliktskategorien („strafbare Handlung," „Verbrechen" usw.) operiert, ist ja nach Verschiedenheit der Fälle teils Beibehaltung des generellen Ausdrucks in der Frage genügend, teils Einsezung einer Spezies erforderlich.

7. Wo das Strafgesetz ein jedes Begehungsmittel genügen läßt und daneben Beispiele von Begehungsmitteln dafür benennt, genügt eine Frage ohne jede Erwähnung der Mittel (z. B. bei Anstiftung — entgegen der Auffassung des Reichsgerichts).

8. Nennt das Strafgesetz Objekt oder Mittel des Delikts im Plural, während doch seinem Sinne nach der Tatbestand bereits mit der Einzahl erfüllt sein soll, so ist Beibehaltung des Plurals niemals notwendig, wenn im konkreten Falle nur Einzahl vorliegt; er kann aber beibehalten werden, wenn Irrungen nicht zu befürchten sind. Erfordert dagegen das Strafgesetz den Plural begrifflich (z. B. § 144 St.G.B. „Deutsche"), so muß der Plural in der Frage stehen bleiben.

9. Der Gebrauch eines Synonymums in der Frage an Stelle des gesetzlichen terminus ist immer inkorrekt, begründet aber die Revision dann nicht, wenn nach Lage der Sache ein Zweifel über die Äquivalenz der Worte auch bei den Geschworenen nicht möglich war.

10. Tatmomente, die nicht zum gesetzlichen Tatbestande gehören, deren Hinzutritt aber nach gesetzlicher Vorschrift zur Gleichbehandlung mit einer andern strafrechtlichen Figur führt, erheischen Mitaufnahme in die Frage (z. B. St.G.B. § 257 III: „und ist zugefagt worden"): „Einheitsfrage mit Gesetzanwendungskriterium."

11. Kommen Strafgesetze, die einander koordiniert sind, aber in Gesetzeskonkurrenz stehen, in Betracht, so ist jedenfalls eine nur auf einen Tatbestand gerichtete Frage am Platze (weil dadurch der Geschworenenbank ein Teil ihrer Kompetenz entzogen würde), sondern die beiden Gesetzestatbestände sind in einer Hauptfrage zu verschmelzen: „Kombinierte Einheitsfrage“ (z. B.: „Ist . . . schuldig, in betrügerischer Absicht sein gegen Feuergefährdungs versichertes Wohnhaus, ein Gebäude, welches zur Wohnung von Menschen dient, vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben?“). Wo freilich der Gesetzgeber die Konkurrenz ignoriert und nur eins der Strafgesetze beachtet, bleibt die Gesetzeskonkurrenz latent, und es ist alsdann schlichte, nicht kombinierte Einheitsfrage zu stellen (z. B. St.G.B. § 346 — keine Kombination mit § 257).

12. Bei Verbrechenseinheit immer Einheitsfrage, die aber je nach den Umständen zusammengesetzte, d. h. in Positionen zerlegte Einheitsfrage teils sein kann, teils sein muß (fortgesetztes Verbrechen: Einzelakte; ebenso künstliche Einheit, bestehend aus Einzelakten, die unter verschiedene Paragraphen oder unter verschiedene Nummern desselben Paragraphen fallen).

13. Wenn ein Strafgesetz dem andern subsidiär ist, in der Regel nur Frage mit einem Tatbestand. Gibt aber erst die Beschaffenheit des Einzelfalles Aufschluß über das anzuwendende Strafgesetz (z. B. § 207 St.G.B.), so bedarf es einer kumulativen Einheitsfrage, gerichtet auf beide Tatbestände, zu dem Behufe, um nach dem Verdikt die Ermittlung des maßgebenden Gesetzes zu ermöglichen (also: „Ist . . . schuldig, a) mit K. einen Zweikampf mit tödlichen Waffen vollzogen zu haben; b) in diesem Zweikampf mittels vorsätzlicher Übertretung der Kampfregeln den K. vorsätzlich getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt zu haben?“).

14. Eine Nebenfrage für mehrere Hauptfragen gemeinsam zu stellen, ist im allgemeinen unzulässig. Eine Ausnahme gilt für die Befragung nach einem Umstand, dessen Zurechnung unabhängig von Schuld zu erfolgen hat (Erfolgshaftung) und der mehrere Angeklagte identisch ist; hier ist eine gemeinsame Nebenfrage nicht nur zulässig, sondern sogar notwendig.

VIII. Besondere Arten des Verfahrens.

27. Stelling führt in der Deutschen Juristenzeitung²⁸⁾ zu treffend aus, daß § 29 des Preßgesetzes dem Erlass polizeilicher Strafverfügungen in Preßsachen nicht entgegensteht.

28. Ein Vortrag von Köbner behandelt die Organisation der Rechtspflege in den Kolonien²⁹⁾. Er bietet gleichzeitig eine

²⁸⁾ Bd. XI Sp. 636.

²⁹⁾ Berlin, Mittler & Sohn, 1903. (Erweiterter Sonderabdruck aus den Verhandlungen des deutschen Kolonialkongresses 1902).

klare Darstellung des geltenden Rechtszustandes und Hinweise auf die anzustrebende Fortentwicklung des Kolonialrechts. Seine Hauptforderungen gehen dahin: Die Gesetzgebung müsse ein selbständiges, sich nicht an das Konsularrecht anlehnendes Kolonialrecht schaffen; denn während die Konsulargerichtsbarkeit, weil Gerichtsbarkeit im fremden Gebiet, streng personal sei, sei die Kolonialgerichtsbarkeit als Gerichtsbarkeit des Herrn im eigenen Hause streng territorial; sie umfasse daher von vornherein jedermann, der nicht eximiert sei, und es sei daher namentlich sinnwidrig, wenn die Personenklassen, die ihr unterstehen sollten, einzeln aufgezählt würden. Durchführung der Trennung von Justiz und Verwaltung sei (abgesehen von der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen, für die die Einheit beider beizubehalten sei) geboten; insbesondere müsse der Gouverneur (schon wegen seiner Stellung als Gesetzgebungsorgan) von der Justiz entlastet werden. Soweit Eingeborene beteiligt seien, müsse mit möglichster Schonung eingewurzelter Rechtsanschauungen vorgegangen werden. Für gemischte Angelegenheiten sei ein Ausgleich auch in der Rechtspflegeorganisation zu suchen. Für die Gerichtsbesetzung sei Zugiehung des Laienelements unentbehrlich. Für jede Rechtsache müsse eine Berufungsinstanz, und zwar eine eigene koloniale, keine konsularische, im Schutzgebiet selber bestehen; die Besetzung des Berufungsgerichtes sei gegenüber dem bestehenden Recht in der Weise abzuändern, daß das Berufsrichterelement in stärkerem Maße zur Geltung komme. Notwendig sei endlich die Schaffung der bis jetzt fehlenden Revisionsinstanz, und zwar sei als Revisionsgericht ein mutterländisches Gericht zu berufen; der Verf. läßt dahingestellt, ob das Reichsgericht oder das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg oder ein besonderer oberster kolonialer Gerichtshof, neigt aber dazu, dem Reichsgericht den Vorzug zu geben; die Revisionssumme in Zivilsachen müsse dabei höher als bei einheimischen Rechtsachen sein, etwa 5000, vielleicht 10000 M. Zum Schluß betont Röbner die Wichtigkeit der Mitarbeit der Wissenschaft an der Pflege des Kolonialrechts.

29. Über das Strafverfahren in den deutschen Schutzgebieten sprachen auf der Dresdener Tagung der deutschen Landesgruppe der J.R.W.: Röbner³⁰⁾ und Ziegler³¹⁾.

IX. Militärstrafprozeß.

30. In v. Holzendorff-Kohlers Encyclopädie der Rechtswissenschaft, 6., der Neubearbeitung 1. Aufl.³²⁾, ist der Militärstrafprozeß von Weiffenbach bearbeitet, und zwar unter folgender Rubrizierung: A. Einleitung. B. Umfang der Militärstrafgerichtsbarkeit. C. Ausübung der Militärstrafgerichtsbarkeit. (I. Der Gerichtsherr. II. Die dem Gerichtsherrn zugeordneten Organe. III. Einwirkung des

³⁰⁾ Mitt. d. J.R.W. XI. 557, 574.

³¹⁾ das. XI. 582.

³²⁾ Leipzig-Berlin 1903, Dunder u. Humblot u. J. Guttentag.

höheren Gerichtsherrn. IV. Die erkennenden Gerichte.) D. Verfahren in erster Instanz. (I. Ermittlungsverfahren. II. Verhaftung und vorläufige Festnahme. III. Beschlagnahme und Durchsuchung. IV. Abschluß des Ermittlungsverfahrens. Erhebung der Anklage. V. Vorbereitung der Hauptverhandlung. VI. Hauptverhandlung. Allgemeines. VII. Hauptverhandlung [Fortf.]. Gang derselben. VIII. Besondere Arten des Verfahrens.) E. Verteidigung. (I. Zulässigkeit und Notwendigkeit der Verteidigung. II. Wahl und Bestellung des Verteidigers. III. Fähigkeit zur Übernahme der Verteidigung. IV. Rechtliche Stellung des Verteidigers.) F. Ordentliche Rechtsmittel. (I. Allgemeines. II. Einlegung. III. Belehrung des Beschuldigten. IV. Zurücknahme und Verzicht. V. Begründung der Berufung und Rechtfertigung der Revision. VI. Verfahren nach Einlegung der Berufung. VII. Verfahren nach Einlegung der Revision.) G. Bestätigung der im ordentlichen Verfahren ergangenen Urteile. H. Besonderheiten des Verfahrens im Felde und an Bord. J. Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens. K. Strafvollstreckung. L. Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen. M. Kosten des Verfahrens.

30 a. Weiffenbach, Einführung in die Militärstrafgerichtsordnung.³³⁾

Der Verf. bezeichnet sein Handbuch als dem Gebrauch von „Offizieren, Militärjustizbeamten, Verteidigern etc.“ gewidmet. Es soll also, jedenfalls in erster Linie, praktischen Zwecken dienen. Hierfür ist es in der Tat hervorragend geeignet. Es giebt in einfacher und klarer Sprache den wesentlichen Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen unter geschickter und sorgfältiger Auswahl alles dessen wieder, was für den Praktiker der Militärstrafrechtspflege von Bedeutung sein kann.

Wenn es sich in der Systematik im Wesentlichen völlig dem Gesetz anschließt, jede Anziehung von Literatur und jede Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen vermeidet, so mag auch dies die Übersichtlichkeit und Brauchbarkeit des Buches für den Praktiker erhöhen; vom theoretischen Standpunkte erscheint dies ansehbar. Je mehr die M.St.G.O. durch Praxis und Theorie ihre Durcharbeitung erfährt, um so dringender wird das Bedürfnis — nach Ansicht des Ref. —, daß sich mit Beiden eines der gelesensten und verbreitetsten Handbücher des Militärstrafprozesses abfinde. In diesem Sinne ist es als ein erster Schritt auf dem bezeichneten Wege zu begrüßen, wenn die — nach kurzer Frist notwendig gewordene — dritte Auflage des Weiffenbach'schen Werkes als Neuerung in seinem Anhange Hinzunahme auf die Stellungnahme des Reichsmilitärgerichtes und des Reichsgerichtes zu den bedeutsamsten Fragen der Materie bringt. Es wäre in hohem Grade erfreulich, wenn diese Hinzunahme, wie es ansehe-

³³⁾ 3. Aufl. 1904. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Besprechung von Prof. Freudenthal.

nend beabsichtigt ist, in künftigen Auflagen dem Text einverleibt würden, und wenn, als weiterer Ausbau des trefflichen Werkes, aus ihm ein Überblick über den Stand der wichtigsten Streitfragen und die Stellung des Verf. zu ihnen zu entnehmen wäre.

31. Die 2. Aufl. der Birkmeyer'schen Encyclopädie³⁴⁾ ist gegenüber der ersten durch eine Darstellung des Militärstrafprozesses aus der Feder v. Lilienthals bereichert. Sie ist auf dem Abriß des bürgerlichen Strafprozesses, den derselbe Verf. in derselben Encyclopädie hat erscheinen lassen, derart aufgebaut, daß grundsätzlich nur die Abweichungen des Militärrechts, diese aber in allen wesentlichen Punkten vollständig hervorgehoben worden sind. Bemerkenswert ist, daß der Verf. sowohl die Abänderungen, die die Reichstagskommission gegenüber dem Entwurf des Gesetzes erzielt hat, wie auch diejenigen, die sie erfolglos angestrebt hat, als wesentliche Verbesserungen des Entwurfs charakterisiert. Sehr praktisch ist die Beigabe einer tabellarischen Gegenüberstellung der mehr oder weniger übereinstimmenden Paragraphen der M.St.G.D. einerseits und der St.P.D. und des G.W.G. andererseits (wie sie schon Herz in seiner Ausgabe der M.St.G.D. geboten hat).

32. Für § 97 M.St.G.D. ist die Streitfrage aufgetaucht, ob das Oberkriegsgericht bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gerichtsherrn und dem Militärjustizbeamten eine Nachprüfung in vollem Umfange vorzunehmen habe (v. Bippen), oder auf die Rechtsfrageprüfung dergestalt beschränkt sei, daß die tatsächlichen Unterlagen der gerichtsherrlichen Prozeßhandlung und die Zweckmäßigkeit der letzteren außer Betracht zu bleiben hätten (Herz). In Goltzdammers Archiv³⁵⁾ schließt sich Schmölder der zweiten Auffassung an. Seine Hauptargumente sind folgende: Das militärische Interesse an der Disziplin verlange tunlichste Fernhaltung fremder Einflüsse auf die Entschlüsse des Gerichtsherrn und Vermeidung von Frictionen zwischen ihm und anderen Organen; das Ansehen des Gerichtsherrn erleide sonst empfindlichen Abbruch. Würde aber das Oberkriegsgericht die volle Nachprüfung seiner Entschlüsse haben, so sei damit eben sein Wirken über Gebühr geschwächt — eine Folge, die sich nicht derart fühlbar geltend mache, wenn es sich bei dieser Nachprüfung lediglich um Lösung juristischer Zweifelsfragen handle. Auch werde durch die Gegenmeinung in unliebsamer Weise eine Störung des Verfahrens herbeigeführt. Die Entstehungsgeschichte des § 97 lehre, daß der § 97 nur eine Ergänzung des (die periodische Attendurchsicht im Justizverwaltungswege anordnenden) § 113 M.St.G.D. sei in der Tendenz, gegebenenfalls schon vor der periodischen Durchsicht die Prüfung der Rechtsfrage durch Einzelerlebigung herbeizuführen. Für eine Prüfung der tatsächlichen Seite des Falles fehle es dem Oberkriegsgericht auch an der Möglichkeit einer Verhandlung hierüber.

³⁴⁾ Berlin 1904, D. Hering.

³⁵⁾ Bd. L., S. 341.

Schließlich ergebe sich auch (was näher ausgeführt wird) aus §§ 349, 277 ein *argumentum e contrario* für die Richtigkeit der vom Verf. vertretenen Ansicht.

33. Eine Zusammenstellung von Beispielen für Urteile und Beschlüsse in Militärstrafsachen der niederen Gerichtsbarkeit bietet Endres³⁶⁾. Das Buch wird sich für die Anleitung in der Praxis nützlich erweisen. Für eine zweite Auflage wird jedoch zu berücksichtigen sein, daß § 326 M.St.G.D. auch eine „nähere Darlegung“ verlangt, „weshalb die Tatsachen für erwiesen erachtet worden sind“ (Angabe der Beweismittel!) — eine Forderung des Gesetzes, die in den Beispielen fast durchweg unberücksichtigt gelassen ist. Auch fällt auf, daß kein einziges Beispiel für ein freisprechendes Urteil vorhanden ist. Der Titel des Buches (vgl. Anm. 36) wird, um dessen Inhalt gerecht zu werden, abgeändert werden müssen. Denn unter „standgerichtlichen“ Urteilen und Beschlüssen kann man doch ohne Zwang nur Urteile und Beschlüsse der Standgerichte verstehen, nicht auch z. B. gerichtsherrliche Anordnungen; die Beispiele des Verf. beziehen sich aber auch auf letztere, soweit sie in Sachen der niederen Gerichtsbarkeit erforderlich werden; es würde sich also als Buchtitel etwa empfehlen: „Urteile, Beschlüsse und Verfügungen in standgerichtlichen Sachen“ oder noch besser „in Sachen der niederen Gerichtsbarkeit“.

Im Einzelnen sei folgendes angemerkt: In dem Urteilsbeispiel auf S. 16 unten heißt es: „Bezüglich der rechtlichen Beurteilung als eines einzigen Reates kann auf Ziffer 158 c des Prüfungsergebnisses II. des R.M.Ger. verwiesen werden“. Solche Bezugnahme erscheint nicht recht empfehlenswert; es wäre vielmehr darzulegen, weshalb die Tat „als ein einziges Reat“ angesehen worden ist. — Auf S. 49 scheint Verf. die Beschlagnahme als eine Voraussetzung für den Editionszwang (M.St.G.D. § 230 II) anzusehen (vgl. die Worte „trotz Beschlagnahmebeschlusses . . .“); Beschlagnahme und Editionszwang werden aber richtiger streng getrennt gehalten. — Nicht gut gewählt erscheint das Beispiel für das Absehen von Verfolgung nach § 253 M.St.G.D. auf S. 51; wenigstens läßt sich, wenn neben einer Körperverletzung, einer Beleidigung und einer Sachbeschädigung noch grober Unfug vorliegt, wohl kaum sagen, daß die Feststellung des letzteren für die Strafzumessung unwesentlich sei. — In dem ersten Beispiel für Unzuständigkeitsklärung auf S. 58 müßte ausdrücklich gesagt sein, daß es sich um einen unter § 10 Abs. 2 M.St.G.D. fallenden Fall handle (denn sonst würde § 10 Abs. 1 gelten und damit die Annahme, daß die Militärgerichtsbarkeit beendet sei, zu Boden fallen).

Ob die Beispiele überall dem materiellen Recht entsprechen (S. 6: laute Beschwerdeführung? S. 19, 20: Idealkonkurrenz?), mag hier dahingestellt bleiben.

³⁶⁾ Karl Endres, Standgerichtliche Urteile und Beschlüsse, in Beispielen dargestellt für das Verfahren im Frieden und im Felde, Berlin und Leipzig, Luchhardt, 1903.

34. Wieder eine Kommentierung der Deutschen Militärstrafgerichtsordnung ist erschienen³⁷⁾, indem das von Graf Hue de Graiz³⁸⁾ herausgegebene „Handbuch der Gesetzgebung in Preußen und im Deutschen Reiche“ es sich in seinem 3. Teil „Heer und Kriegsflotte“ zur Aufgabe gemacht hat, nach Behandlung der bezüglichen Allgemeinen Bestimmungen (1. Band) in einem 2. Band das „Militärstrafrecht“ zu bringen. Bearbeitet ist diese Materie von dem in unsrer Zeitschrift schon wiederholt hervorgetretenen Kriegsgerichtsrat Dr. M. Schlager-Stuttgart in drei Abschnitten, deren mittlerer das „Militärstrafverfahren“ S. 215—499 behandelt.

Schlager macht in einem Vorwort zu dem von ihm edierten Teil des großangelegten Gesamtwerkes uns bekannt mit dem Plane, allen Interessenten — nicht bloß den Beamten usw. — die Reichs- und Landesgesetzgebung näher zu bringen, weshalb die Hauptgesetze im Text mit Bemerkungen und Anlagen (Verordnungen) zum Abdruck gebracht sind mit besonderer Hervorhebung aufgehobener und abgeänderter Stellen. Jeder Einzelband bringt ohne Beeinträchtigung der Vollständigkeit in gedrängter Fassung, wie der Verfasser richtig hervorhebt, alle Vorschriften vereinigt, deren man gerade für das unmittelbar berührte Einzelgebiet bedarf, so daß die Einsichtnahme der maßgebenden Vorschriften ohne Zeitverlust ermöglicht ist, was namentlich bei Dienstreisen von Vorteil sein wird.

In dem von Schlager erläuterten 2. Band sind auch „die bis in die neueste Zeit veröffentlichten Entscheidungen der höchsten Gerichte“, namentlich des Reichsgerichts und Reichsmilitärgerichts, sowie die von letzterem auf Grund § 113 M.St.G.D. ausgesprochenen Grundsätze (Prüfungsergebnisse) überall unter Angabe ihres wesentlichen Inhalts angeführt. Demnach konnte der Verfasser auch wohl bemerken, daß seine Arbeit als Einzelwerk betrachtet Interesse haben werde „in erster Linie für die in irgend welcher Eigenschaft (Gerichtsherr, Untersuchungsführer, Richter, Gerichtsschreiber, Anklagevertreter, Verteidiger) bei Ausübung der Militärstrafgerichtsbarkeit beteiligten Offiziere, Beamten und Rechtsanwälte.“

Der Anlage des Gesamtwerkes entsprechend sind die einleitenden Worte zu den einzelnen Abschnitten etwas knapp geraten. Von der reichsgesetzlichen Regelung des Militärstrafprozesses von nur „drei“ verschiedenen Formen desselben zu sprechen, wie Schlager es tut, ist insofern richtig, als die sächsische M.St.G.D. vom 4 November (Gesetzeskraft 29. 12.) 1867 der preussischen von 1845 „fast wortwörtlich und jedenfalls im Wesen ganz nachgebildet“³⁹⁾ war. Da in Sachsen bis zum 26. April 1862 ein eigenartiger „auf der Carolina römisch-

³⁷⁾ Berlin. Zul. Springer, 1904.

³⁸⁾ Berf. dieser Besprechung ist Kriegsgerichtsrat Dr. Steidle.

³⁹⁾ Zenk, Die Öffentlichkeit im Militärstrafprozeß, S. 117; siehe auch hierher bezüglich Werner, Erörterungen über die Grundzüge einer Strafgerichtsordnung für das deutsche Heer S. 1; Sturm v. Walde, M.St.G.D., Vorwort VI.

kanonischen Zuschnitts aufgebauter Prozeß“ geherrscht hatte, welche der den jetzigen Prozeßprinzipien bereits entsprechenden Militär-Strafprozeßordnung vom 23. April 1862 wich, die dann der preußischen sich anbequemte, könnte immerhin von vier Systemen bis 1900 gesprochen werden: einem preußischen, das auch Marine und Kolonialschutztruppen umfaßte, einem (preußisch-)sächsischen, bayerischen und württembergischen.

Selbstverständlich hat der Verfasser auch das Einführungsgezet zur M.St.G.D. (S. 480 f.) reichlich kommentiert, die Allerhöchsten und kriegsministeriellen Ausführungsbestimmungen, die Dienst- und Geschäftsordnung für die Militärgerichtsstellen usw. zum Abdruck gebracht, sowie in Unteranlagen unter anderm die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige — kurz alles Erforderliche; und ein chronologisches Verzeichnis der aufgenommenen Bestimmungen von 1810 bis zur Gegenwart, sowie ein gutes Inhaltsverzeichnis vervollständigen die Brauchbarkeit dieser neuesten Ausgabe der Militärstrafgerichtsordnung.

Von den beiden übrigen Teilen des Buchs — dem materiellen Militär- und dem Disziplinar-Strafrecht — soll an andrer Stelle referiert werden.

35. „Die Militärstrafgerichtsordnung und ihre Wirksamkeit“⁴⁰⁾ ist der eigenartige Titel, unter welchem der durch seine Strafrechtsnormen des Standgerichts u. a. literarisch nicht mehr unbekannte bayerische Kriegsgerichtsrat Karl Endres einen Aufsatz in den Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine veröffentlicht hat, der dann auch Ende vorigen Jahres als Sonderabdruck in Broschürenform erschienen ist⁴¹⁾.

Ausgehend von den „pessimistischen“ Gefühlen, mit welchen die Neuorganisation vom 1. Oktober 1900 fast allenthalben begrüßt worden sei — in Preußen aus Besorgnis vor Schädigung der militärischen Autorität und Disziplin, in Bayern als Rückschritt gegenüber dem dort bestehenden Rechtszustand — betont der Verfasser, wie es jetzt auch an enthusiastischen Lobrednern nicht fehle, während doch der Mittelweg wohl das Rätliche sei. Und so kommt Endres zur richtigen These, unsre neue M.St.G.D. besitze im Vergleich mit den früheren deutschen militärprozessualen Gesetzen hervorragende Vorzüge, sie sei aber nicht frei von manchen Mängeln bezüglich ihrer Gestaltung und des Verfahrens.

Zum Beweis für die formellen Lücken und Unklarheiten wird sodann auf das Aufleben der militärrechtlichen Literatur und insbesondere auf die zahlreichen Entscheidungen und Prüfungsergebnisse des Reichsmilitärgerichts Bezug genommen. Die Befürchtung des Verfassers, die wachsende Zunahme der letztern werde bald die Prüfungsergebnisse nicht mehr überblicken lassen, dürfte durch die Zeit selbst

⁴⁰⁾ Verfasser dieser Beiprohebung ist Kriegsgerichtsrat Dr. Steidle.

⁴¹⁾ Berlin, A. Bath 1903.

ihre Korrektur finden, da allmählich nicht mehr so viel auszustellen sein wird, wenn die Beanstandungen von vornherein etwas schonungslos erfolgen. Endres weitere Besorgnis aber, die Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts könnten zuweilen eher verwirrend als klärend wirken, ist eine Auffassung, der man vielfach ja auch gegenüber den Präjudizien des Reichsgerichts begegnet, und doch wurde jetzt anlässlich dessen 25 jährigen Bestehens allgemein anerkannt, welche Geistesarbeit in Leipzig geleistet wird und wie uns andere Nationen um ein so ersprießlich gefördertes Rechtsleben beneiden. . . .

Auf das Verfahren selbst eingehend bespricht der Verfasser sodann zunächst die Stellung des Gerichtsherrn, deren Vorzüge in der niederen Gerichtsbarkeit beim Zusammenwirken mit dem Gerichtsoffizier unbestreitbar sind. Ob aber für das höhere Verfahren (Divisions- beziehungsweise Kriegsgerichte) die Stellung der richterlichen Militärjustizbeamten als „Organe des Gerichtsherrn“ gesetzgeberisch das Ideal darstellt, welches wohl anzustreben wäre, bleibe — entgegen Endres S. 6 f. — dahingestellt. Schon die Anordnung des Ermittlungsverfahrens könnte eigentlich nicht der ausschließlichen Verfügung des Gerichtsherrn vorbehalten werden, denn die Entscheidung der Zuständigkeitsfrage mit Qualifikation des Rats ist häufig rechtlich gar nicht einfach. Oder aber es kann einer Anzeige von vornherein, beziehungsweise nach voraussichtlich kurzen Aufklärungen eine Folge nicht gegeben werden; oder in sogenannten gemischtgerichtlichen Fällen⁴²⁾ wird die Überlassung einer Militärperson an das bürgerliche Gericht beschlossen; oder die Ausreihung eines Rekruten wegen zu gewärtigender mehr als sechswöchiger Freiheitsstrafe (§ 7 Ziff. 2 M. St. G. O.) ist herbeizuführen; das alles bedarf doch rechtlicher Begründung. Solche Verfügungen werden aber dann auch nicht vom Gerichtsherrn allein zu erlassen sein, sondern unter Mitzeichnung des Rechtsreferenten, der so die Verantwortung für die Gesetzlichkeit übernimmt, wodurch die Verfügung erst als gerichtliche voll in die Erscheinung tritt. Wenn auch die Militärstrafgerichtsordnung und im Einklang mit ihr das Formularbuch von derartigen Entscheidungen als solchen „des Gerichtsherrn“ oder gar dessen Anklageverfügungen sprechen, so hatte doch der Gesetzgeber damit Gerichtsentscheidungen gemeint. Gerade auch bei der Anklageverfügung, deren unbedingtes Appendix die Anklageschrift des Kriegsgerichtsrats bildet, tritt so recht hervor, daß solche Verfügungen nicht in erster Linie oder allein als solche des Gerichtsherrn aufzufassen sind, sondern als vom mitunterfertigenden Militärjustizbeamten nach Tatbestands- und Gesetzesmerkmalen rechtlich gebundene Beschlüsse. Würde die Anklageschrift weggelassen, wie Endres nicht ohne Grund befürwortet, so würde gerade bei der Anklageverfügung die ausschlaggebende Tätigkeit des juristischen Anklägers noch mehr in die Augen springen. Das würde aber auch für den Anklagevertreter, wie der mit voller staatsanwaltschaftlichen Befugnissen ausgestattete

⁴²⁾ Vgl. hierzu meine Darlegungen, Z XXIII, 1 130 f.

Militärjustizbeamte in der Hauptverhandlung genannt wird, bedingen, daß er ebenso wie der von letzterer ausgeschlossene Gerichtsherr das Recht der Berufung hätte. Es würde dies häufig wichtiger erscheinen als die Endress'sche Forderung (S. 19 vergl. mit 9), den Gerichtsherrn an den Sitzungen teilnehmen zu lassen; bei deren Anzahl könnte das doch nur ausnahmsweise geschehen, und der eine Angeklagte würde vielleicht Nutzen aus seiner Anwesenheit ziehen, wie ein andrer durch Abwesenheit des Gerichtsherrn in Nachteil versetzt werden könnte. Jetzt ist es so, daß der Anklagevertreter nichts machen kann, wenn er beim Gerichtsherrn eine Rechtsmitteleinlegung befürwortet, die diesem jedoch aus irgend welchen Bedenken unsympathisch erscheint. Die bayerischen Militär-Staatsanwälte haben sich 30 Jahre bewährt und gewiß nicht zum Schaden der Disziplin amtiert, so daß unbesorgt den reichsprozessualen Anklagevertretern wenigstens neben dem Gerichtsherrn — wenn dessen und ihre Auffassung sich nicht decken — die Berufungs- und Revisionsanmeldung zugebilligt werden sollte.

Mit Endress zunächst nochmals zur niederen Gerichtsbarkeit zurückkehrend, möchte seiner Ansicht, deren sachliche Zuständigkeit sei im Frieden zu enge begrenzt (S. 11), mit Vorbehalt beigeprlichtet werden und nur insofern, wenn Unterschiede zwischen Friedens- und Feldbeziehungsweise Vordverhältnissen mit der Zeit möglichst ausgeglichen werden sollten. Wie nach den Reglements die ganze soldatische Erziehung auf den Krieg gerichtet ist, so bedarf auch der Militärprozeß möglichstster Vorbereitung für mobile Verhältnisse, und das bedingt eigentlich eine fast völlige Übereinstimmung des Gerichtsverfahrens im Friedens- und Ernstfall. Ein Prozeß ist ja ohnehin für jeden Angeklagten eine kriegsartige Operation. Den Standgerichten, die ohne Juristen arbeiten, noch mehr Urteile überlassen, erschiene gewagt; die Offizierichter sind oft da, wo der Jurist Milde walten läßt, viel strenger und umgekehrt. Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Degradation, die Endress den Standgerichten auch unter ihnen selbst unwillkommene Klippe. Und den Angeklagten mit der Berufung ans Kriegsgericht trösten, ist vom Verfasser schon selbst dadurch gekennzeichnet, daß er auf eine „gegebenenfalls gnadenweise Rehabilitation“ anspielt (S. 12). Der Verfasser erkennt ein andermal an, der Makel einer Verurteilung bleibe selbst bei Freisprechung in höherer Instanz leicht haften, weshalb er auch für die Standgerichte die Zulassung von Verteidigern fordert. Ganz einverstanden; aber Endress Gründe dafür würden noch mehr die Zuteilung je eines Juristen an die Standgerichte verlangen, nicht aber seine Bemerkungen über Entbehrlichkeit der früheren Abteilungsauditeure ganz stichhaltig erscheinen lassen (S. 17 mit 10). Immerhin könnten gute Verteidiger vor den Standgerichten ein Ausweg sein gegenüber dem jetzigen Rechtszustand. Militärgerichts-Assessoren und Offiziere des Beurlaubtenstandes, die Juristen sind, hat man ja stets und namentlich im Feld zur Verfügung, so daß den Standgerichten juristische

Mitglieder und Verteidiger meist ohne Schwierigkeit zu Gebote stehen würden.

Teilen wird man müssen des Verfassers Bedenken bezüglich der „Beschränkung der Verteidigungstätigkeit der Rechtsanwälte“ (S. 17). Eigentlich sollte § 341 M.St.G.D. diesen Stand an erster Stelle als die zu bestellenden Verteidiger im höheren Verfahren anführen, statt zuletzt. Und die allzuhäufige Heranziehung von Offizierverteidigern auch bei rein bürgerlichen und manchmal recht verzwickten militärischen Delikten dürfte ursprünglich kaum in der Intention des Gesetzgebers gewesen sein; Sparsamkeitsrücksichten sind staatlicherseits da nicht gut angebracht, und besser würde man die Kostenfreiheit des militärgerichtlichen Verfahrens für die Angellagten aufheben.

Richtig sind auch Endres Bemerkungen (S. 13—15, 17, 20—22): gegen Weitschweifigkeit der Untersuchungen; über Absehen von einzelnen für die Strafzumessung belanglosen Reaten; Aufhebung oder Abänderung der bereits erlassenen Anklage; kommissarische Zeugenvernehmungen; Beschränkung und Ausschluß der Öffentlichkeit der Hauptverhandlungen; Vermeidung der Eideshäufungen; wider das Verbot der Ersetzung der Aussage eines das Zeugnis befugterweise Verweigernden durch andre Beweismittel; sofortige Entlassung eines trotz Freispruchs Verdächtigen usw.; gegen Ständigkeit der Oberkriegsgerichte und die Unzulässigkeit, daß das Reichsmilitärgericht bei Aufhebung eines oberkriegsgerichtlichen Urteils nicht ein andres Oberkriegsgericht mit neuerlicher Verhandlung betrauen kann; sowie sein günstiges Urteil über das Rechtsmittel der Berufung — nur die Kostenüberweisung sollte auch da einen Riegel vorschieben können.

Sympathischer auch als die von Endres vorgeschlagene Befugnis der höheren Gerichte zur Überweisung von Strafsachen an die Standgerichte (S. 12), würde mir eine noch größere Ausgestaltung der von ihm als dankenswerte Neuerung (S. 14) begrüßten Strafverfügungen dünken⁴³). Bei Geständnis z. B. ist nicht einzusehen, warum nicht auch ein geringfügiger Diebstahl gegen einen Kameraden oder eine leichte Körperverletzung und dergl. durch solche vom Gerichtsherrn und Kriegsgerichtsrat ausgestellte Verfügung, der ja ein kleines Ermittlungsverfahren vorausgeht (§ 349), sollte geführt werden können. Ein Grund, weshalb die Bestrafung der Ungebühr eines aktiven Mannes vor Gericht von Endres dem Vorsitzenden überwiesen werden will, ist nicht recht zu finden (S. 18). Die Gewaltenteilung zwischen diesem und dem verhandlungsführenden Militärjustizbeamten, ohnehin dem letztern die schwierigsten Aufgaben über-

⁴³) Bezüglich des erweiterten Strafbefehls siehe Belings Referat Z 24 Heft 3/4 S. 474 Schlußsatz zu Ziffer 13. Auch ich habe in einem Artikel über die „Entlastung des Reichsgerichts“ (Straßburger Post v. 13. 6. v. Jg. Nr. 604) der Ersparrung von Hauptverhandlungen durch erweiterte Strafbefehle — im Militärgerichtsverfahren „Strafverfügungen“ — aus voller Überzeugung das Wort geredet — unter Ausschluß von „Verbrechen“ natürlich. Der praktische Effekt dürfte nach jeder Richtung ein erheblicher werden.

lassend, würde als Ausweg die in Abs. 3 § 290 schon vorhandene Ordnungsstrafe des erkennenden Gerichts am zweckmäßigsten erscheinen lassen.

Ganz treffend sind folgende Endress'sche Wünsche: die Anlage abschriftlich nur dem verhafteten Angeklagten, nicht auch dessen Verteidiger zustellen zu lassen, wodurch manche Schreiberei erspart werden könnte; Unterzeichnung von formellen Schriftstücken (Adungen und dergl.) ausschließlich durch den Militärjustizbeamten, wobei nach meiner Ansicht auch Bestätigungen der Richtigkeit von Abschriften usw. den Militärgerichtsschreibern überlassen werden sollten; allgemeine direkte Zustellung von Verfügungen an Zivilpersonen durch das Militärgericht, und genauere Fassung mancher Ausdrücke, wie „oberes Gericht“ usw. (S. 25).

Den staatsrechtlichen Bedenken Endres hinsichtlich des den Gerichtsherrn eingeräumten „Milderungsrechts“ kann man sich nicht ganz verschließen (S. 23 im Gegensatz zu S. 9); der Gefahr, nur gutachtliche Vorschläge im Urteilstenor zu sehen, könnte vielleicht dadurch begegnet werden, daß der Gerichtshof selbst einen Angeklagten durch ein im Sitzungsprotokoll niederzulegendes Votum dem Milderungsrecht des Gerichtsherrn empfehlen müßte, um solches wirksam werden zu lassen, wie ähnlich die bürgerlichen Schwurgerichte — und in Preußen auch die militärischen Spruchgerichte — einen Angeklagten der Allerhöchsten Gnade anempfehlen. Der Verfasser hat deshalb auch mit gutem Grund dem Milderungsrecht einen „prozessual praktischen Wert“ insofern zugesprochen, „als bei anerkannt zu harter Strafe die Berufung zu Gunsten des Angeklagten und ein Begnadigungsverfahren erspart wird.“

Wie vorstehend mancher Endress'sche Gedanke zu andern Vorschlägen geführt hat, mögen auch diese hinwieder weitere Thesen reifen, die bei künftiger Ausgestaltung der Militärstrafgerichtsordnung noch größere Rechtsgarantien bieten, als dieses neue Gesetz allenthalben zu gewähren vermag — selbst mit dem Verfasser zugegeben, es vermöge momentan seinen idealen Zweck „Recht und Gerechtigkeit“ zu erfüllen.